

Gesundheit – Mangel dürfte sich weiter verschärfen

Besonders viele Hausärzte fehlen

STUTTGART. Schon heute ist es in einigen Regionen in Baden-Württemberg schwierig, einen Hausarzt zu bekommen – bis 2040 wird sich die Situation einer Studie der Krankenkasse Barmer zufolge vor allem im ländlichen Raum noch massiv verschärfen. Demnach dürften etwa die Bereiche Bad Säckingen, Rottweil, Sigmaringen und Waldshut-Tiengen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in 14 Jahren unterversorgt sein, wenn nicht gegengesteuert wird.

Die Studie, die ein Forschungsinstitut der Krankenkasse gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung durchführte, kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2040 etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Baden-Württemberg (22 Prozent) unterversorgt sein dürfte. Besonders stark betroffen seien ländliche Regionen und mittlere Städte, sagte Danny Wende vom Barmer Institut für Gesundheitssystemforschung.

Das sind die Gründe

Gründe für die schlechtere Versorgung sind laut Barmer, dass der Bedarf an Hausärzten steige, zugleich aber immer mehr Ärzte in Rente gingen. Zudem reduziere sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den Praxen, weil junge Ärzte häufig nicht mehr bereit seien, so viele Stunden zu arbeiten wie ihre Vorgänger.

Die Forscher sehen aber auch gute Möglichkeiten, der Entwicklung gegenzusteuern. Dafür müssten laut Barmer bis 2040 in Baden-Württemberg rund 175 junge Hausärztinnen und Hausärzte gezielt in die besonders betroffenen Regionen gelockt werden. »Das halten wir für durchaus machbar und realistisch«, sagte Winfried Plötze, Landesgeschäftsführer der Krankenkasse in Baden-Württemberg.

Seit 2021 gibt es im Südwesten auch die sogenannte Landarztquote. Dabei werden jährlich 75 Medizinstudienplätze an Bewerber vergeben, die sich verpflichten, nach ihrer Ausbildung mindestens zehn Jahre als Hausarzt in einer unterversorgten Region zu arbeiten. Im Koalitionsvertrag hat die grün-schwarze Landesregierung außerdem vereinbart, diese Quote auch auf Kinderärzte ausweiten zu wollen. Für die Studie werteten die Wissenschaftler nach eigenen Angaben Befragungen von Hausärzten und Daten des Bundesarztregisters aus und ergänzten diese um demografische und arbeitsmarktbezogene Aspekte. (dpa)

Polizist zwingt Prostituierte zum Sex

MANNHEIM. Wegen des Verdachts der Vergewaltigung hat die Staatsanwaltschaft Mannheim Anklage gegen einen Polizisten erhoben. Der 38 Jahre alte Beamte vom Polizeipräsidium Mannheim soll zwei mutmaßliche Opfer von Zwangsprostitution zum Sex gedrängt haben. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft mitteilten, führte der Polizist im Juni vergangenen Jahres Personenkontrollen in einem Mannheimer Hotel durch. Zeugen hatten zuvor gemeldet, dass in dem Hotel illegale Prostitution betrieben werde. Den beiden kontrollierten Frauen soll der Polizeibeamte angekündigt haben, dass sie eine Strafe zahlen müssten. Als die Frauen mutmaßlich sagten, dass sie das nicht könnten, soll der Polizist erwidert haben, dass man dies auch anders lösen könne. Am selben Abend soll er die beiden 22 und 29 Jahre alten Frauen außerhalb seiner Dienstzeit wieder im Hotel aufgesucht und ihnen eine Geldstrafe oder eine Verhaftung angedroht haben, sofern sie nicht mit ihm Geschlechtsverkehr hätten. Aus Angst sollen die Frauen mit ihm Sex gehabt haben. Später offenbarten sie sich einem anderen Polizisten, wodurch das Ermittlungsverfahren eröffnet wurde. Der Beamte soll bei der Personenkontrolle im Hotel nicht gewusst haben, dass die beiden Frauen unter einem Vorwand nach Deutschland gelockt und zur Prostitution gezwungen worden sein sollen. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen Verdachts der Vergewaltigung in zwei tateinheitlichen Fällen erhoben. Das Polizeipräsidium Mannheim hat ein Disziplinarverfahren gegen den Beamten eingeleitet und ihn suspendiert. Das Amtsgericht Mannheim muss jetzt über die Zulassung der Anklage entscheiden. (dpa)

Ex-Rathauschefin kämpft weiter

MANNHEIM/TODTMOOS. Die ehemalige Bürgermeisterin der Schwarzwaldgemeinde Todtmoos kämpft weiter vor Gericht um eine Entschädigung, nachdem sowohl ihr Amtsvorgänger als auch ihr Nachfolger besser bezahlt wurden. Die Klägerin Janette Fuchs reichte Revision gegen eine Entscheidung des Verwaltungsge-

richtshofs Baden-Württemberg ein, wie das Gericht bestätigte. Im März hatte das Gericht die Klage der Frau abgewiesen. »Mir geht es hier nicht um die finanzielle Seite, sondern um Gerechtigkeit und gleiche Maßstäbe für Frauen und Männer in Führungspositionen«, sagte Fuchs. »Ich halte es für wichtig, diese Rechtsfrage weiter klä-

ren zu lassen – auch im Interesse anderer Frauen, die Verantwortung in der Kommunalpolitik übernehmen.« Fuchs war von 2014 bis 2022 Bürgermeisterin des rund 2.000-Einwohner-Ortes. Obwohl ihr Vorgänger als auch ihr Nachfolger wurden beim Amtsantritt direkt eine Besoldungsstufe höher eingestuft. (dpa)

Umfrage – Die Baden-Württemberger haben hohe Ansprüche an die neue Landesregierung, hegen aber Zweifel am Erfolg

Großes Vertrauen in Cem Özdemir

VON MIRIAM STEINRÜCKEN

STUTTGART. Aus der Landtagswahl im März sind die Grünen erneut als stärkste Kraft hervorgegangen. Danach einigten sich die beiden bisherigen Regierungsparteien Grüne und CDU auf eine Fortsetzung ihres Regierungsbündnisses. Neuer Ministerpräsident ist Cem Özdemir. Der aktuelle BaWü-Check zieht eine erste Bilanz, welche Erwartungen die Bürger an die neue Regierung haben, welche landespolitischen Aufgaben als dringlich empfunden werden und in welchen Bereichen Geld investiert und wo umgekehrt gespart werden sollte. Das Meinungsbild zeigt eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

Wird Cem Özdemir ein guter Ministerpräsident?

15 Jahre lang haben die Grünen in Baden-Württemberg unter Winfried Kretschmann als Ministerpräsident das Land regiert. Jetzt hat dieses Amt sein Parteifreund Cem Özdemir übernommen. Die Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung sieht das positiv: 53 Prozent der Bürger trauen Cem Özdemir zu, ein guter Ministerpräsident zu sein, nur 22 Prozent trauen ihm das nicht zu.

Überdurchschnittlich hoch ist das Vertrauen erwartungsgemäß unter den Grünen-Anhängern (94 %) – für eine Partei, die mit ihren unterschiedlichen Lagern zu kämpfen hat, ein bemerkenswert klares Ergebnis. Aber auch von den Sympathisanten fast aller anderen Parteien glaubt jeweils die Mehrheit an Özdemir. Nur die AfD-Wähler sehen das anders: Von ihnen zweifeln 63 Prozent an Özdemirs Führungsqualitäten, nur 14 Prozent trauen ihm das Amt zu.

Werden Grüne und CDU gut zusammenarbeiten?

Der Erfolg der neuen Landesregierung wird auch davon abhängen, wie gut die beiden Regierungsparteien zusammenarbeiten. Der Eindruck der Bürger ist hier durchwachsen: 41 Prozent erwarten Kooperation, 32 Prozent Streit. Vor allem die Anhänger von Grünen (68 %) und CDU (65 %) sind deutlich optimistischer als die Anhänger von Linken (25 %) und AfD (12 %).

Um welche Aufgaben sollte sich die neue Landesregierung kümmern?

Mindestens so sehr wie von der guten Zusammenarbeit wird der Erfolg der neuen Landesregierung davon abhängen, inwieweit es ihr gelingt, trotz schlechter Finanzlage des Landes und der Kommunen ihre Reformprojekte umzusetzen und die Wirtschaft des Landes zu stärken. Der Koalitionsvertrag gibt dafür die Richtung vor. In weiten Teilen deckt dieser sich mit der Agenda der Bevölkerung. Aus Bürgersicht sollte die neue Landesregierung für bezahlbaren Wohnraum sorgen (56 % Zustimmung), Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichern (55 %), Wirtschaft stärken (53 %) und Bürokratie abbauen (52 %). Ebenfalls auf der To-do-Liste stehen: flächendeckend gute Gesundheitsversorgung sicherstellen (46 %), Qualität der Schulen verbessern (43 %), für innere Sicherheit (41 %) und funktionierende Verkehrsinfrastruktur (35 %) sorgen.

Vergleichsweise wenig Priorität hat derzeit der Umwelt- und Klimaschutz: Nur 30 Prozent der Befragten fordern hier mehr Engagement und nur 26 Prozent den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien. Der Trendvergleich zeigt, dass diese Ziele deutlich an Bedeutung verloren haben. Am Ende der politischen Agenda steht neben der Kulturförderung (9 %) der Abbau von Schulden (18 %). Der Bevölkerung ist demnach die Bewältigung der Herausforderungen, vor denen das

Land steht, wichtiger als die Sanierung des Staatshaushalts.

Kriegt die Landesregierung die Zukunftsprobleme in den Griff?

Die Bevölkerung hat allerdings nur begrenztes Vertrauen in die Lösungskompetenz der neuen Landesregierung: Nur 38 Prozent der Bevölkerung trauen Grünen und CDU zu, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen – jeder Dritte traut ihr das nicht zu. Am größten ist das Vertrauen bei den Anhängern der Grünen (74 %) und der CDU (58 %). Den stärksten Zweifel hegen die Sympathisanten der AfD (6 %).

Gelingt der neuen Regierung die Stärkung der Wirtschaft?

Ähnlich verhalten fällt das Urteil der Bevölkerung aus, wenn es um eine der größten Herausforderungen der neuen Landesregierung geht: die Stärkung der Wirtschaft. Dies ist zwar ein Kernthema des Koalitionsvertrags, aber nur jeder Dritte traut diese Aufgabe der neuen Landesregierung zu, 36 Prozent haben Zweifel. Erneut sind die Anhänger von Grünen (57 %) und CDU (49 %) sowie SPD (43 %) optimistischer, während sich umgekehrt vor allem die Anhänger der AfD skeptisch zeigen (77 % Ablehnung).

Kann die Regierung den Stellenabbau in der Autoindustrie aufhalten?

Das skeptische Urteil der Bevölkerung ist allerdings nicht allein darauf zurückzuführen, dass sie der Landesregierung die wirtschaftspolitische Kompetenz abspricht. Der Mehrheit ist durchaus bewusst, dass der Einfluss, den eine Landesregierung auf die wirtschaftliche Entwicklung hat, begrenzt ist. Das zeigt sich auch in der Einschätzung, inwieweit Grün-

Schwarz etwas gegen den Stellenabbau in der Automobilindustrie unternehmen kann. Bloß 22 Prozent der Bevölkerung glauben an den Einfluss der Politik, ganze 55 Prozent dagegen halten sie in dieser Frage für machtlos. Dieses Meinungsbild herrscht parteiübergreifend vor.

Schafft die Regierung den Bürokratieabbau?

Ein anderes Ziel, das sich die neue Landesregierung gesetzt hat, ist der Bürokratieabbau. Aber auch hier sind die Zweifel in der Bevölkerung groß: Nur 22 Prozent glauben, dass es der grün-schwarzen Landesregierung gelingen wird, nennenswert Bürokratie abzubauen, gut jeder Zweite hält dies für wenig glaubhaft. Selbst unter den Anhängern der Regierungsparteien ist die Zuversicht mit 37 Prozent Zustimmung bei den Grünen und 28 Prozent bei der CDU verhalten.

Wo soll die Regierung investieren?

Die angespannte finanzielle Lage des Landes und der Kommunen macht das Regieren für die neue Landesregierung nicht einfacher. Sie muss schauen, wo sie das knappe Geld einsetzen will. Darüber hinaus ist die Regierung mit einem enormen Erwartungsdruck vonseiten der Bevölkerung konfrontiert. Die Mehrheit der Bürger benennt viele Bereiche, in die mehr investiert werden sollte, aber nur wenige, wo Einsparungen für möglich gehalten werden.

So plädiert die überwältigende Mehrheit für höhere Investitionen in Gesundheitseinrichtungen (90 %), die Ausstattung von Schulen (88 %), Kindergärten (81 %), den Wohnungsbau (78 %), die Ausstattung der Polizei (77 %) sowie den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (76 %). Es gibt nur zwei Bereiche, bei denen die Mehrheit Einsparungen befürwortet: die Förderung von Kultureinrichtungen wie Theater und Museen (72 %) sowie die Personalkosten der Landesverwaltung (82 %). (GEA)

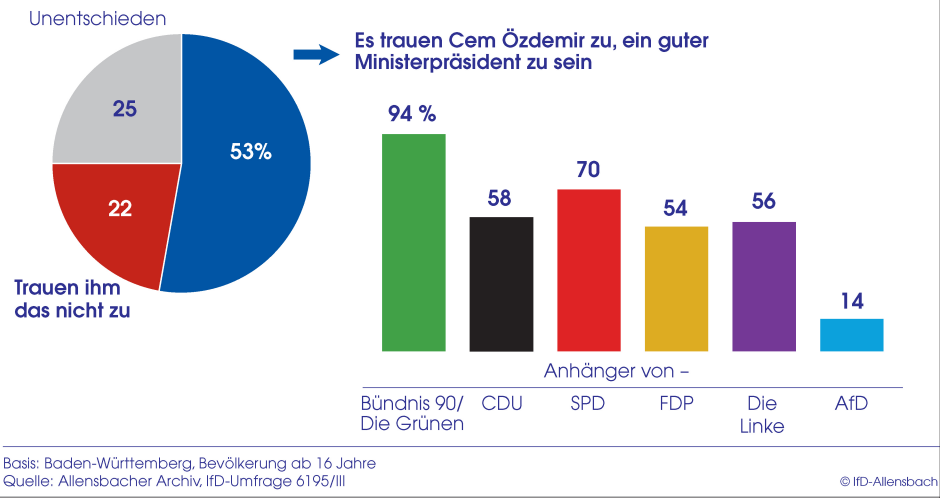
Hitzefrei auch für ältere Schüler

STUTTGART. Auch Schüler an beruflichen Schulen und in der Oberstufe von Gymnasien können hitzefrei bekommen – sofern sich die Schulleiter dafür entscheiden. Nach Angaben des Kultusministeriums gibt es kein Hitzefreiverbot für diese Gruppen, den Schulleitungen komme ein Entscheidungsspielraum zu. Nach der letz-

ten Hitzewelle hatte Kultusminister Andreas Jung (CDU) angekündigt, die Vorgaben für Hitzefrei grundsätzlich überarbeiten zu wollen – und auch verbindlicher zu gestalten. Schulen sollten nach seiner Vorstellung ab einer bestimmten Temperatur nicht nur Hitzefrei geben können, sondern sie sollten es dann auch tun. (dpa)

Großes Vertrauen in Cem Özdemir – nahezu parteiübergreifend

Frage: "Vor Kurzem ist Cem Özdemir zum neuen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg ernannt worden. Trauen Sie Cem Özdemir zu, ein guter Ministerpräsident zu sein, oder trauen Sie ihm das nicht zu?"



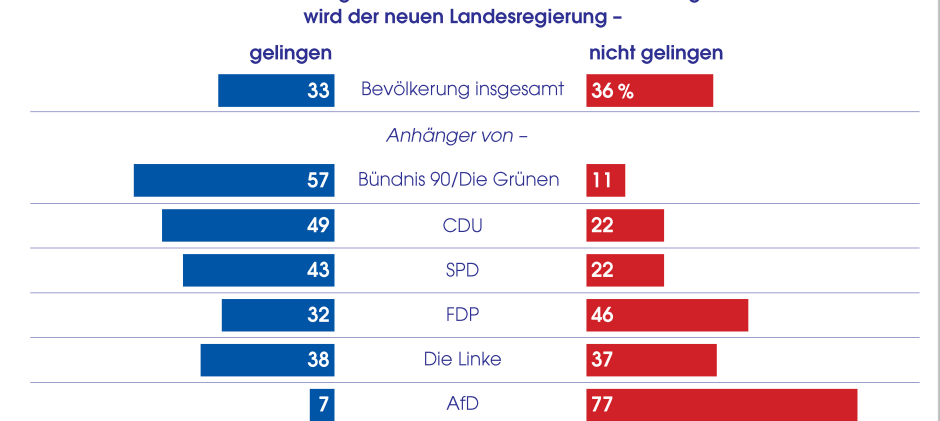
Die politische Agenda der Bürger für die neue Landesregierung

Frage: "Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Landesregierung in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren kümmern sollte?"

Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen	56 %
Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichern	55
Die Wirtschaft stärken	53
Bürokratie abbauen	52
Eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung sicherstellen	46
Die Qualität der Schulen verbessern	43
Bekämpfung der Kriminalität, Schutz vor Verbrechen	41
Das Straßen- und Schienennetz in Baden-Württemberg verbessern bzw. ausbauen	35
Für eine effiziente Verwaltung sorgen	31
Den Umwelt- und Klimaschutz fördern	30
Die Digitalisierung vorantreiben	28
Für ausreichend Kinderbetreuungsplätze sorgen	28
Den Ausbau von erneuerbaren Energien fördern	26
Die Landwirtschaft stärker unterstützen	24
Den Zivilschutz verbessern	20
Abbau von Schulden	18
Kunst und Kultur fördern	9

Kann der neuen Regierung die Stärkung der Wirtschaft gelingen?

Frage: "Einer der Schwerpunkte im Koalitionsvertrag von Grünen und CDU ist die Stärkung der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Glauben Sie, dass es der neuen Landesregierung gelingen wird, die Wirtschaft in Baden-Württemberg zu stärken, oder glauben Sie das nicht?"



Sparen oder investieren?

Frage: "Was meinen Sie: In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher mehr Geld ausgeben, und in welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher sparen?"

Sparen	Mehr Geld ausgeben
10	Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser 90 %
12	Ausstattung von Schulen 88
19	Kindergärten, Kindertagesstätten 81
22	Wohnungsbau 78
23	Ausstattung der Polizei 77
24	Ausbau und Sanierung von Straßen 76
33	Wissenschaft und Forschung 67
34	Finanzielle Unterstützung von Kommunen 66
34	Wirtschaftsförderung 66
36	Öffentlicher Nahverkehr 64
72	Kultureinrichtungen wie Theater, Museen 28
82	Personal in der Landesverwaltung 18